

Baden

Baden ohne Werbung? So beurteilt der Regierungsrat die umstrittene Kampagne



Von Pirmin Kramer

03.02.2026, 05.00 Uhr

Die konsumkritische Kampagne des Stadtrats sei ein ideologisch motivierter Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit, kritisiert FDP-Grossrat Adrian Schoop. Er fordert den Regierungsrat zum Handeln auf. So reagiert dieser.



Startseite



Region



Anmelden



Menü



Baden machte Werbung dafür, keine Werbung zu machen.

Bild: Sandra Ardizzone

Die Anti-Werbekampagne der Stadt Baden sorgte im vergangenen Herbst für Schlagzeilen in der ganzen Schweiz. Der Slogan, der auf dreizehn Werbeflächen in der Innenstadt zu lesen war, lautete: «Baden ist. Ohne Werbung?»

Die Stadt mietete die Flächen, um zu veranschaulichen, wie sich Baden mit weniger Werbung anfühlen könnte. Die Aktion sollte dazu anregen, über die Rolle von Werbung in Zeiten des Klimawandels nachzudenken. Doch es gab viel Kritik. «Drei Wochen lang wehte ein Hauch von Nordkorea durch Baden – zum Glück ist heute der letzte Tag», schrieb Urs Furrer, der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands. Und Adrian Schoop (FDP), Grossrat aus Baden, reichte eine Interpellation beim Regierungsrat ein.

Schoop forderte ihn dazu auf, im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinzuwirken, «dass politische oder gesellschaftliche Experimente nicht zu

entnehmen ist. «Die Wirtschaftsfreiheit ist in der Einschätzung des Regierungsrats im Kanton Aargau weder auf der ideologischen Ebene noch konkret in Gefahr. Ein staatlicher Eingriff ist deshalb nicht angezeigt.»

In anderen Punkten gab der Regierungsrat Schoop aber durchaus recht. Auf die Frage, ob Werbung im öffentlichen Raum ein legitimer Ausdruck der Wirtschaftsfreiheit und Meinungsäusserung ist und staatliche Eingriffe hier nur mit Zurückhaltung erfolgen sollten, antwortet der Regierungsrat: «Staatliche Eingriffe sollten grundsätzlich immer mit Zurückhaltung erfolgen.» Für die lokale Wirtschaft sei Werbung wichtig, genauso wie für die überregionale Wirtschaft oder andere Akteure, die auf einem Markt ein Angebot platzieren.

Ausserdem wollte Schoop wissen, ob kommunale Projekte, die Werbung oder Konsum pauschal problematisieren, den Wirtschaftsstandort Aargau und die lokale Wertschöpfung schwächen könnten. Dazu hält der Regierungsrat fest: «Konsum ist mit grossem Nutzen verbunden, aber auch mit Kosten. Eine Diskussion zum Thema Konsum scheint darum nicht per se abwegig – auch wenn darüber diskutiert werden kann, von wem sie lanciert und über welche Kanäle sie geführt werden soll.» Darüber hinaus sei es nicht in der Zuständigkeit des Regierungsrats,

Für Sie empfohlen

Kommunikationsprojekte von Gemeinden zu bewerten.

Schoop sagt auf Anfrage, er sei enttäuscht von der Antwort des Regierungsrats. Er verstecke sich hinter der Gemeindeautonomie, statt sich für die lokale Wirtschaft stark zu machen. Bereits in seiner Anfrage schrieb der FDP-Grossrat, Werbung sei kein Störfaktor, sondern Ausdruck von Wirtschaftsfreiheit, Unternehmergeist und Wettbewerb. «Sie ermöglicht es insbesondere dem Gewerbe, den KMU, Dienstleistern und auch der Kulturszene, sichtbar zu bleiben, Kundschaft zu gewinnen und Arbeitsplätze zu sichern.» Aktionen wie jene der Stadt Baden dürften nicht unkommentiert bleiben, wenn sie Grundprinzipien der Wirtschaftsfreiheit und der Marktwirtschaft berühren.